

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 41

Charlottenburg, Freitag, den 9. Oktober 1914

Jahrg. 41

Bekanntmachung.

Die Notstands-Unterstützung ist in der bisherigen Höhe für diese Woche, bis zum 10. Oktober, weiter zu zahlen.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Entsprechend der Bekanntmachung in Nr. 39 der „Ameise“ vom 25. September cr. geben wir diejenigen Zahlstellen bekannt, die ein Berichtsformular für die Woche vom 21. bis 26. September bis zum Freitag, den 2. Oktober noch nicht eingesandt haben. Es sei nochmals bemerkt, daß das Formular am Sonnabend, spätestens am Sonntag jeder Woche abzusenden ist.

Coblenz, Eisenach, Elgersburg, Fürstberg a. Oder, Gehren, Goldlauter, Hornberg, Hüttengrund, Hüttensteinach, Kolmar, Königsee, Landau, Limbach, Mengersgereuth, Moschendorf, Delde, Passau, Probstzella, Köslau, Schauberg, Sondershausen, St.-Georgen, Wallhausen, Weißwasser, Wittenberg.

Die Zahlstellen Coblenz, Gehren, Hüttengrund, Landau, haben für die verflossenen 5 Berichtswochen überhaupt noch nicht berichtet. Einige der vorgenannten Zahlstellen haben für die verflossenen 5 Wochen nur einmal oder zweimal berichtet. Nachdem verschiedene Zahlstellen die Berichtsformulare für mehrere Wochen zusammen in einem Couvert eingesandt haben, sei bemerkt, daß das zwecklos ist. Immer am Donnerstag jeder Woche wird die Zählung für die vorhergehende Woche abgeschlossen. Es muß also wieder und dringend ersucht werden, die geringe Mühe nicht zu scheuen, die das Ausfertigen des wöchentlichen Berichtsformulars erfordert, es muß auch wieder und dringend ersucht werden, das Berichtsformular am Sonnabend, spätestens am Sonntag, abzusenden aus den schon in Nr. 39 der „Ameise“ veröffentlichten Gründen.

Der Vorstandsvorstand.

Deutsche Gewerkschafter im Kriegsdienst.

In interessanten Einzeldarstellungen konnte schon von unseren Gewerkschaften die Zahl der einberufenen Mitglieder zum Heeresdienst angegeben werden. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände, die der Generalkommission angeschlossen sind, haben sich sofort bemüht, durch Erhebungen bei den örtlichen Verbandsfilialen die genauen Zahlen aller zum jetzigen Heeresdienst einberufenen Mitglieder festzustellen. Am 17. August wurde der erste Versuch gemacht, der aber ein zu lückenhaftes Resultat ergab, das zur Veröffentlichung nicht geeignet war, da nur 33 Verbände von den 47 der Generalkommission angeschlossen Gewerkschaften Angaben machen konnten. Die Umfrage wurde im September wiederholt, und als Erhebungsdatum der 7. September angesetzt. Auch jetzt konnten noch nicht alle Verbände Angaben machen. Es fehlen meistens aus den Zweigvereinen der Grenzbezirke die Berichte. Und da gerade in diesen Bezirken bei Ausbruch des Krieges alle Militärpflichtigen zum Heere eingezogen wurden, so ist der Prozentsatz der einberufenen Mitglieder sicher bei den meisten Verbänden noch höher, als angegeben. Bei der Prozent-

berechnung ist die Zahl der weiblichen Mitglieder vom Gesamtmitgliederbestand in Abrechnung gebracht worden.

Der Prozentsatz der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ist in den einzelnen Verbänden außerordentlich verschieden hoch. Während er bei den Tabakarbeitern 11,3 beträgt, steigt er bei den Fleischern auf 56,6. Es wäre jedoch verfehlt, aus diesen Prozentsätzen Schlüsse auf die körperliche Qualifikation der betreffenden Berufsangehörigen für den Kriegsdienst zu ziehen. Nur vereinzelt wird ein solches Urteil am Platze sein, weil die Heranziehung der Militärdienstpflichtigen in den einzelnen Landesteilen nicht in gleichem Umfange erfolgte, so daß Organisationen, die in Bezirken eine große Mitgliederzahl haben, in denen nur einzelne Jahrgänge der Kriegsdienstpflichtigen eingezogen wurden, einen geringeren Prozentsatz Eingezogener stellen, als er sich ergeben würde, wenn die Anforderungen der Militärverwaltung in allen Bezirken die gleichen wären. Auch die Berufsart dürfte in dieser Sache von Einfluß sein. Je nach dem ein Beruf den Zwecken der Heeresverwaltung mehr oder weniger dienstbar gemacht werden kann, wird die Heranziehung der betreffenden Arbeiter zur Leistung der Dienstpflicht erfolgen. Nach den Angaben der Verbandsvorstände sind 589 755 Gewerkschaftsmitglieder bis Anfang September zum Heere eingezogen. Die Zahl der tatsächlich Eingezogenen dürfte wesentlich höher sein, denn bei dem Verband der Fabrikarbeiter sind z. B. nur 69,5 Proz. der Mitglieder von der Erhebung erfaßt. Die absolute Zahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug in den Verbänden: Metallarbeiter 131 891, Bauarbeiter 109 000, Transportarbeiter 61 247, Fabrikarbeiter 44 429, Holzarbeiter 44 060, Bergarbeiter 25 446, Zimmerer 19 776, Gemeindefahrer 13 856, Buchdrucker 12 714, Textilarbeiter 12 165, Brauerei- und Mühlenarbeiter 11 594, Schneider 10 823, Maler 9781, Bäcker- und Konditoren 8211, Steinarbeiter 6705, Schuhmacher 6500, Maschinisten- und Heizer 6421, Fleischer 3634, Glasarbeiter 3383, Landarbeiter 3354, Lithographen und Steindrucker 3454, Lederarbeiter und Handschuhmacher 3190, Sattler- und Portefeuilier 3189, Gastwirtsgehilfen 2871, Porzellanarbeiter 2700, Buchbinder 2701, Dachdecker 2584, Steinsezer 2505, Tapezierer 2493, Töpfer 2476, Gärtner 2040, Böttcher 1925, Handlungsgehilfen 1705, Tabakarbeiter 1589, Kupferschmiede 1421, Hutmacher 1220, Glaser 1277, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 1100, Bureauangestellte 1013, Schiffszimmerer 945, Bildhauer 760, Kürschner 495, Zivilmüller 370, Friseur 359, Asphaltreue 244, Kynographen 72, Notensteher 67.

Prozentual gestaltet sich das Ergebnis wesentlich anders. Die Prozentzahl der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder betrug in den Verbänden: Fleischer 56,6, Bauarbeiter 39,0, Fabrikarbeiter 35,2, Zimmerer 35,1, Bäcker 33,6, Dachdecker 30,4, Glaser 29,8, Transportarbeiter 29,6, Lederarbeiter 28,5, Gärtner 28,3, Steinsezer 27,4, Metallarbeiter 27,4, Brauerei-arbeiter 27,4, Schneider 27,2, Schiffszimmerer 26,6, Gemeindefahrer 26,2, Kupferschmiede 25,6, Töpfer 25,6, Gastwirtsgehilfen 25,4, Bergarbeiter 25,0, Tapezierer 25,0, Maschinisten 24,4, Maler 24,3, Holzarbeiter 23,9, Sattler und Portefeuilier 23,0, Böttcher 22,3, Steinarbeiter 22,2, Hutmacher 22,1, Porzellanarbeiter 22,1, Glasarbeiter 21,8, Bildhauer 21,2, Lithographen 21,2, Asphaltreue 19,1, Kürschner 19,1, Buchdrucker 18,4, Schuhmacher 18,2, Friseur 18,0, Zivilmüller

17,7, Landarbeiter 17,2, Kynographen 17,1, Bureauangestellte 16,1, Buchbinder 16,1, Handlungsgehilfen 15,4, Notensteher 15,2, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter 14,9, Textilarbeiter 14,5 und Tabakarbeiter 11,3.

Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften und der Gemeinden.

Während die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, um die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen, ist bei vielen Gemeinden immer noch eine anscheinend große Verständnislosigkeit gegenüber der jetzt bestehenden sozialen Not anzutreffen. Fehlen uns auch vorläufig noch Angaben über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit im allgemeinen und über die Gesamtleistungen unserer Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung, so läßt sich doch schon an einzelnen Beispielen ermaßen, welche Anforderungen an die Gewerkschaften bei der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. Im Metallarbeiterverband z. B. waren in der vierten Kriegswoche 73 895 bezugsberechtigte arbeitslose Mitglieder gemeldet. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt in der zweiten Kriegswoche 336 771 M., in der dritten 436 752 M. und in der vierten 463 567 M. In der Berliner Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes waren in der Woche vor dem Krieg auf dem Arbeitsnachweis 5001 Arbeitslose gemeldet. In der ersten Kriegswoche stieg die Zahl auf 9169, in der zweiten auf 11 360, in der dritten Woche auf 11 405. Seitdem hat die Zahl der Arbeitslosen etwas nachgelassen, ist jedoch immer noch fast doppelt so hoch wie in der letzten Woche vor dem Kriege. Es kommt das auch zum Ausdruck bei der Summe, die an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Während in der letzten Woche vor Beginn des Krieges 25 571,20 M. inkl. des Lokalzuschlages für Arbeitslose ausgegeben wurden, stieg die Summe in der zweiten Kriegswoche auf 72 573,05 M. Dabei muß noch beachtet werden, daß die Metallindustrie nicht am schwersten unter der durch den Krieg verursachten Arbeitslosigkeit zu leiden hat; zwar liegen einzelne Berufe, die Luxusartikel anfertigen und auf den Export angewiesen sind, total danieder, andere dagegen, besonders die, die für den Heeresbedarf fabrizieren, sind sehr stark beschäftigt.

Demgegenüber dürfte wohl erwartet werden, daß auch die Behörden in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise das ihrige zur Behebung der Notlage, in der sich die Arbeitslosen befinden, beitragen. Leider ist das in dem Maße, wie es billigerweise verlangt werden kann, nicht überall der Fall. In Groß-Berlin bildet z. B. die Stadt Berlin eine Ausnahme, die schließlich das tut, was im Augenblick getan werden kann.

Geradezu unverständlich ist es, was die Vororte Groß-Berlins in Beratung mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg, wonach die Unterstützung der Gemeinden nicht generell jedem in den Gemeinden wohnenden Arbeitslosen gegeben werden dürfe, sondern die Gemeinden sollten bei jedem Unterstützungsfall prüfen, ob eine Bedürftigkeit vorliegt. Wenn die Gemeinden das nicht täten, würden ihnen die 25 Prozent nicht gezahlt. Weiter ist beabsichtigt, in allen den Fällen, in denen die Gewerkschaften den Arbeitslosen Unterstützung zahlen, diese bei der Prüfung der Bedürftigkeit durch die Gemeinden voll in Anrechnung zu bringen. Das heißt also, wenn die Unterstützungen der Gewerkschaften so hoch oder höher sind, als die Sätze, die die Gemeinden den Arbeitslosen geben wollen, dann lehnt die Gemeinde jede Unterstützung ab, und wenn die Sätze, die die Gewerkschaften zahlen, niedriger sind als die Sätze, dann legen die Gemeinden nur so viel zu, damit die Sätze der Gemeinden erreicht werden.

Um das zu verstehen, sei daran erinnert, daß die Gemeinden verschieden zahlen. Berlin zahlt z. B. an Arbeitslose, die Kinder unter 14 Jahren haben, 5 M., an Arbeitslose, die keine Kinder haben, 4 M. Andere Gemeinden zahlen an Verheiratete 6 M., an Unverheiratete 4,50 M. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, in welchem hohem Maße den Gewerkschaften die Lasten für die Arbeitslosen auferlegt werden.

Die Stadt Berlin zahlt bei 12 Organisierten, die vom Verband Unterstützung erhalten, 27,25 M. gegen 85,50 M., die der Metallarbeiterverband zahlt. Welche Erleichterung das für die Stadt Berlin sein kann, läßt sich leicht ausrechnen. Zwölf Unorganisierte würden, wenn sie von ihnen Kinder zu unterhalten hätten, 36 M. bekommen, ja selbst wenn alle zwölf keine Kinder hätten, würde die Stadt Berlin doch noch 48 M. zu zahlen haben, also mindestens 20,25 M. mehr, als sie an 12 Organisierte zahlen muß.

Gleiche Ersparnisse würden die Vororte machen, wenn mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Da das aber wie es scheint, nicht beabsichtigt wird, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich auch keine Veranlassung nehmen, die bisherigen gewaltigen Anstrengungen noch weiter zu machen, um den Arbeitslosen zu helfen. Deshalb hat eine Versammlung von Vertretern der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften beschlossen, sofern die Vororte ihre Taktik nicht ändern wollen die Vorstände der Organisationen in Erwägung darübereintreten, ob in den in Betracht kommenden Gemeinden nicht die Gewerkschaftsunterstützung ganz aufzuheben ist.

Eine Anzahl Gewerkschaften könnten sofort ihre Unterstützung einstellen. Andere Gewerkschaften könnten dies mit Ablauf der Frist, die das Statut bestimmt, tun; das dürfte selbst für die Gewerkschaften, die die weitgehendste Unterstützungsfrist haben, schon in einigen Wochen der Fall sein. Und dann schicken die Gewerkschaften ihre Arbeitslosen zu den Gemeinden, damit diese weiter für die Staatsbürger sorgen. Gemeindevorstände und Provinzialbehörden mögen dann praktisch erproben, ob sie bei dieser Art der Erledigung ihrer sozialen Pflicht besser fahren. Damit dem Verlangen der Arbeitslosen nach Unterstützung bei den Gemeinden genug Gehör geschenkt wird, dürfte es vielleicht zweckmäßig sein, daß die Arbeitslosen zusammenkommen, und entweder in Kommissionen oder gleich in Gesamtheit zur Gemeindevorwaltung gehen und um Unterstützung ersuchen. Es wird sich das besonders wirkungsvoll gestalten, weil mit dem Beginn des Winters die Not noch größer sein wird.

Die Gewerkschaften würden dabei besonders gut fahren, weil sie dadurch ausreichend Mittel erhalten, um auch gegenüber dem Verhalten einer Reihe von Unternehmern, die in keiner Weise von ihren rigorosen Maßnahmen den Arbeitern gegenüber ablassen, zur Abwehr gerüstet zu sein.

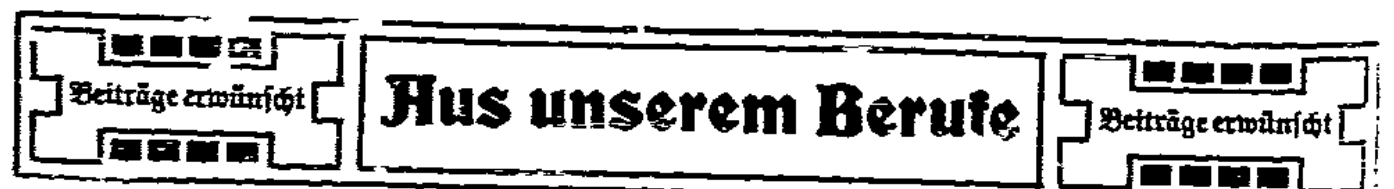
Handelt es sich bei der Besprechung dieser Anzutraglichkeiten auch nur um die Verhältnisse in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, so glauben wir doch annehmen zu dürfen, daß auch in den übrigen Landesteilen des deutschen Reiches ähnliche Zustände anzutreffen sind, die eine Prüfung und ein gleiches Vorgehen der Arbeiter und ihrer Organisationen gebieten.

Helft den Arbeitslosen!

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission kommt in seiner letzten Nummer in einem vierten Artikel über: „Der Krieg und die sozialen Pflichten“ auf die Zeichnung der deutschen Kriegsanleihe zu sprechen. Aus der Tatsache, daß in wenigen Tagen statt der erforderlichen 2 Milliarden Mark bereits 4,39 Millionen Mark gezeichnet waren (nach dem jetzt vorliegenden Endergebnis sind es sogar 4,46 Millionen Mark) schlußfolgert es, daß es dem Reiche an opferwilligem Kapital nicht fehlt, selbst nicht inmitten des Weltkrieges. Das Correspondenzblatt macht daher den Vorschlag, außer dieser großen, die Kriegsanleihe weit überzeichneten Geldsumme, größere Geldmittel zur Beschaffung von Arbeit zur Verfügung zu stellen. Es schreibt:

„Angesichts dieser Erfahrungstatsache darf die Reichsregierung unbedenklich eine Milliarde für die wirtschaftliche Befestigung Deutschlands aufwenden und damit dem Widerstand unserer heimischen Volkswirtschaft gegenüber allen Versuchen Englands, sie zu schädigen, neue Kräfte zuführen. Was unsere Volkswirtschaft stärkt, erhöht zugleich unsere Wehrkraft und erleichtert unseren auf belgischen, französischen und russischen Schlachtfeldern blutenden Heeren ihre harte Pflicht. Deshalb braucht der unmittelbaren Wehrkraft nichts entzogen zu werden, denn der Reichstag wird ohnedies bereit sein, alles zu bewilligen, was die Verteidigung des Reiches erfordert.“

Eine Milliarde für Arbeitsbeschaffung! Gäbe es eine bessere Antwort an England, das den Krieg auf längere Jahre hinauszuziehen droht?“



Marktrewitz. Zu unserer Notiz in voriger Nummer, die Lohnabzüge bei der Firma Jäger & Co. betreffend, wird uns noch geschrieben:

„Die Firma bescherte ihren Drehereiarbeitern auf einige Artikel (Schalen) eine Lohnreduzierung in Höhe von 25 Proz. Man sagte zu den Leuten, es gäbe keine Arbeit mehr außer dieser und wenn sie die Arbeit nicht machen wollten, könnten sie ins Bremmhaus gehen. Jetzt wo alles im Wirtschafts-

kämpfe die Streitart begraben hat, blieb es nur der Firma Jäger überlassen, Erbitterung in die Reihen ihrer Arbeiter zu tragen.

Auf der anderen Seite aber spendet man 1000 Mt. für die öffentliche Fürsorge, um glänzen zu können. Da kann man leicht zahlen, wenn man es den Arbeitern von den Löhnen abzieht. Doch noch etwas liegt in der Hergabe der Spende, indem man diese vorerst für seine eigenen Arbeiter, die arbeitslos oder zum Heere eingezogen sind, hinterlegt, und diese müssen erst eine Bestätigung von der Firma haben, ehe sie von der Stadtverwaltung etwas von den 1000 Mt. erhalten. Da sind andere Firmen des Ortes nobler. Diesen fällt es nicht ein, an den Löhnen zu rütteln. Aber auch in der Schleiferei hat diese Firma bei kleineren Artikeln eine 25prozentige Lohnreduzierung eintreten lassen. Der Chef der Firma ist selbst zum Heeresdienst eingezogen worden, und die Arbeiter glauben nicht, daß ihm dieser Dienst soviel Zeit läßt, um Lohnreduzierungen für seinen Betrieb auszudenken. Sie meinen vielmehr, daß andere Hände hier im Spiele sind, um sich gefällig zu zeigen."

Stadtlengsfeld. Die hiesige Porzellanfabrik läßt von jetzt ab wöchentlich 4 Tage à 7 Stunden arbeiten, nachdem bisher seit der Mobilisierung 3 Tage wöchentlich gearbeitet wurde. Für die Dreherei wurde jedoch die Arbeitszeit wegen Platzmangels bis auf weiteres auf 2 Tage gekürzt. Die Firma zahlt für die Familien der zur Fahne einberufenen Arbeiter eine monatliche Beihilfe in fast derselben Höhe wie der Staat. Diese Maßnahmen finden hier die vollste Anerkennung, umso mehr, da auch die für die hiesige Gegend in Betracht kommenden Kaltschächte zum Teil beschränkt arbeiten unter Kürzung der Löhne.

Die Fabrik erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 50 510 Mt. Sie zahlt 3 Monate nach Friedensschluß eine Dividende von 6 Proz. Dem Arbeiterwohlfahrtsfonds werden 500 Mt. zugewiesen.

Vermischtes

Der Arbeitsmarkt im August. Wie zu erwarten war, hat der Beschäftigungsgrad infolge des Kriegsausbruches in der ersten Hälfte des August eine scharfe Senkung erfahren. Besonders die Industrien, die größtenteils fürs Ausland arbeiten oder Luxusgegenstände herstellen, wie die Porzellanindustrie, sind stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit nach Berichten von 52 Fachverbänden (Gewerkschaften aller Richtungen) mit über 1½ Millionen Mitglieder bezifferte sich am Ende der letzten Woche des August d. J. auf 21,3 Proz., gegen 2,8 Proz. im gleichen Monat des vorigen Jahres und gegen 2,7 Proz. im Juli d. J. In der Porzellanindustrie ging die Zahl der Arbeitslosen weit über diese Durchschnittsziffer hinaus und zwar auf 54,0 Proz., gegen 1,6 Proz. im August 1913. Verhältnismäßig am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden die Brauerei- und Mühlenarbeiter mit 1,7 Proz. und die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,8 Proz.

Die unpolitischen Gewerkschaften. Wie die Zurücknahme der Verfügungen, die sich aus der Politischerklärung der Gewerkschaften durch den Berliner Polizeipräsidenten, ergeben hatten, zu bewerten ist, zeigt folgende amtliche Erklärung:

„Der gegenwärtige Krieg entflammte das deutsche Volk ohne Unterschied des Standes und der Partei zur einmütigen Erhebung. Gegenüber dieser gewaltigen Kundgebung nationaler Entschlossenheit tritt alles zurück, was das Gefühl der Einheit des ganzen deutschen Volkes beeinträchtigen könnte. Es erscheinen viel Streitfragen des öffentlichen Rechts. Mag ihre Erklärung in Friedenszeiten noch so bedeutsam sein, in den gegenwärtigen Zeitläuften sind sie unwesentlich. Der Minister des Innern wies daher die Verwaltungsbehörden an, daß es jetzt von größerem Werte sein müsse, die Einheit der Nation und ihr großartiges Streben ungehindert zu lassen, als unbedeutenden Einzelfragen des Rechts zum Sieg zu verhelfen. Demzufolge werden die Behörden ersucht, in allen geeigneten Fällen die bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Streitfachen dadurch zur Erledigung zu bringen, daß die angefochtenen polizeilichen Verfügungen zurückgenommen oder auf andere Weise die Beteiligten kluglos gestellt werden. Ebenso veranlaßte der Minister des Innern, daß die beim Oberverwaltungsgericht anhängigen Ordnungsstrafen, welche gemäß § 15 des Disziplinalgesetzes gegen unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte seines Ressorts wegen der am 1. August begangenen Verfehlungen verhängt

sind, niedergeschlagen werden. Alle diese, der Größe und dem Ernst der Zeit Rechnung tragenden Maßnahmen lassen natürlich nicht die Deutung zu, daß in den betreffenden Einzelfällen der von den Behörden bisher vertretene Rechtsstandpunkt nunmehr aufgegeben worden sei.“

Der 50. Gedenktag der Internationale. Am 28. September 1864 wurde in London die Internationale Arbeiterassoziation gegründet. Der Gedanke einer Internationale war allerdings schon früher lebendig. Schon im Jahre 1847 ließen Marx und Engels die Mahnung: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ ergehen. Nach dem Kriege von 1870 ging es mit der alten Internationale, deren letzter Kongreß 1873 in Genf stattfand, zu Ende. Vor 25 Jahren, 1889, wurde in Paris die neue Internationale ins Leben gerufen, die jetzt infolge des europäischen Krieges ebenfalls vor einer schweren Krise steht.

Behördliche Absage an wirtschaftliche Freibeuter. Das Reichsamt des Innern hat einem industriellen Unternehmervereine, dessen Name leider der Öffentlichkeit nicht genannt wurde, auf einen Antrag beim Reichskanzler, für die von dem Vereine vertretenen Betriebe allgemeine Ausnahmen von den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zuzulassen, folgenden Bescheid erteilt: Wenn ich auch nicht verkenne, daß Ihre Betriebe in den gegenwärtigen Kriegszeiten leistungsfähig erhalten werden müssen, so kann ich es nicht für zulässig erachten, Ihrem Antrage zu entsprechen. Das Gesetz vom 4. August d. J. will solche Ausnahmen nur für den äußersten Notfall dann zulassen, wenn es nach Lage der Verhältnisse unmöglich ist, ohne Ausnahmegewilligung auszukommen und insbesondere die betreffenden Arbeiten durch Männer, die den Beschäftigungsbeschränkungen nicht unterliegen, ausführen zu lassen. Solange also, wie es gegenwärtig der Fall ist, eine überaus große Zahl von Männern infolge von Betriebseinschränkungen gewerblicher Betriebe ohne Beschäftigung ist, würde es dem Gesetze zuwider sein, die Beschränkungen der Gewerbeordnung in der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern durch Bewilligung von Ausnahmen zu durchbrechen. Wenn in der Eingabe darauf hingewiesen wird, daß den jugendlichen und den weiblichen Arbeitern durch die nachgesuchten Ausnahmen eine willkommene Arbeitsgelegenheit gegeben würde, so fällt dagegen ins Gewicht, daß für die Frauen und Kinder der zum Kriegsdienste berufenen Arbeiter reichsgesetzlich eine Fürsorge sichergestellt, die von den Kommunen vielfach noch eine wertvolle Ergänzung erfährt. Um eine geordnete Versorgung der gesamten arbeitenden Bevölkerung sicherzustellen, muß deshalb mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß zu den Beschäftigungen der in Rede stehenden Art ausnahmslos die verfügbaren Männer herangezogen werden, denen die Mittel zum regelrechten Unterhalt für ihre eigenen Frauen und Kinder nur auf diese Weise zugeführt werden können. Wegen der Vermittlung von Arbeitskräften können sich die Unternehmer bekanntlich an die überall eingerichteten Arbeitsnachweise wenden.“

Welche Opfer bringt freiwillig die Kirche? Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Alle Kreise wetteifern jetzt miteinander, dem Vaterlande zur Durchführung des Krieges nach Kräften beizuspringen. Der freiwilligen Tätigkeit verdanken wir bereits die Darbringung von vielen Millionen Mark. Wo aber bleibt in diesen Zeiten die Kirche? Wo bleibt die Opferwilligkeit der Riesenvermögen der „toten Hand“, sowohl in der evangelischen als auch der katholischen Kirche? Zwar hat der Evangelische Oberkirchenrat den Betrag von 20 000 Mark für das Rote Kreuz und die Frauenhilfe gestiftet. Aber das ist im Verhältnis zu dem Vermögen der Kirche herzlich wenig. Die Kirchen, die evangelische sowohl wie die katholische, haben es trefflich verstanden, von dem Wehrbeitrage verschont zu werden. Die katholische Kirche hat es sogar durch die Vertreter ihrer Interessen im Reichstage durchgesetzt, daß die katholischen Geistlichen, unter denen sich Tausende von körperlich kräftigen, wehrpflichtigen Leuten befinden, vom Militärdienst befreit bleiben. Welche Opfer bringen jetzt aus freien Stücken die Kirchen aus ihrem sich auf Hunderte von Millionen belaufenden Vermögen? Bleibt die „tote Hand“ auch jetzt, in diesen schweren Zeiten, tot, in denen selbst der Ärmste freudig dem Vaterlande Opfer bringt? In welchem Umfange wird das „Scherlein der armen Witwe“, von dem uns die Diener der Kirche ohne Unterschied der Konfession so oft erzählen, jetzt vorbildlich sein für die kirchlichen Riesenvermögen?“

Der Krieg und die schwedischen Gewerkschaften. Der europäische Krieg hat auch in Schweden eine kolossale Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Diejenigen Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, haben teilweise die dafür

geltenden Bestimmungen aufheben und die Unterstützungssätze bedeutend herabsetzen müssen. Die vor dem Kriege geführten Streiks wurden abgebrochen, und in einzelnen Fällen mußten die Arbeiter sogar einwilligen, daß ihnen ein Teil des Lohnes zurückbehalten wurde, bis wieder ruhige Zeiten eingetreten sind. Einige große industrielle Werke bezahlen überhaupt keinen Lohn, sondern geben den Arbeitern schriftliche Anweisungen, wofür sie dann die notwendigsten Lebensmittel erhalten. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit im Seemannsberuf, da die Schiffahrt völlig stillliegt. Mit Sehnsucht erwartet man, daß der Vorschlag der „Nordd. Allgem. Ztg.“, den deutschen Export durch schwedische Schiffe von schwedischen Häfen aus erfolgen zu lassen, zur Wirklichkeit werde, wodurch dann ja der großen Arbeitslosigkeit wenigstens einigermaßen gesteuert würde. —

Ueberstundenverbot in Oesterreich. Wie die „Soziale Praxis“ berichtet, hat das österreichische Handelsministerium zur Minderung der Arbeitslosigkeit in einem Erlaß an die politischen Landesbehörden angeordnet: Ueberstundenbewilligungen für gewerbliche Betriebe sollen auf das unumgänglich notwendige Maß eingeschränkt, und es soll insbesondere bei den für militärische Zwecke arbeitenden Betrieben, die derzeit stark beschäftigt sind, dahin gewirkt werden, daß, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Lieferzeit und Güte des Erzeugnisses möglich ist, das Mehrerfordernis an Arbeitsleistung statt durch Ueberstunden durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern gedeckt wird. Ferner hat das Handelsministerium die industriellen Zentralorganisationen ersucht, ihren Mitgliedern nahezu legen, daß in den für die Zwecke der Heeresverwaltung stark beschäftigten Betrieben soweit als möglich statt zwei Arbeitsschichten drei Schichten eingestellt werden.

Versammlungs-Berichte etc.

Fraureuth. Am 22. September fand eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, in der die Berichte vom Gewerkschaftskartell gegeben wurden. Der Kassierer gab nochmals die neuen Unterstützungssätze für arbeitslose Mitglieder bekannt. Die Unterstützung ist wöchentlich, aber nur Sonnabends nachmittags, in seiner Wohnung abzuheben. Er ersucht um Einhalten dieser festgelegten Zeit, damit die Abrechnung auch pünktlich dem Hauptkassierer zugesandt werden kann. Auch führte der Kassierer nochmals die neue Beitragsstaffel vor Augen, welche in der Ameise, Nr. 37 sowie durch Zirkular veröffentlicht wurde. Die Abgabe des Quittungsbuches hat bis zum 21. September zu erfolgen, damit die Umrechnung vor sich gehen kann. Noch wurde den Angehörigen der Krieger die Ermahnung gegeben, dafür zu sorgen, daß die Invalidenkarten der Einberufenen in Ordnung gebracht werden, damit die Rechte auf die vorher geklebten Marken nicht verloren gehen. Weiter wurden die neuen Unterstützungssätze besprochen, was eine sehr lebhafteste Debatte hervorrief. Der größte Teil der Anwesenden kam zu der Ueberzeugung, daß eine solche Unterstützung überhaupt gar nicht gegeben werden sollte, da doch das Verbandsgeld nur zu Kampfeszwecken zu verwenden sei. Es läßt sich ja eine Einführung so leicht nicht wieder aufheben, aber die Befürchtung liegt vor, daß bei einer solchen großen Anzahl arbeitsloser die Mittel für eine laufende Unterstützung nicht ausreichen werden. Wahrscheinlich muß doch dann die Unterstützung trotzdem noch aufgehoben werden. Hierzu soll eine Anfrage an das Verbandsbüro ergehen. Bemängelt wurde, daß das Krankengeld der Zuschußklasse in Wegfall kam, da doch deren Gelder mit der Verbandskasse nichts zu tun haben. (Das ist ein Irrtum. Die Red.) Der Beschluß wurde gefaßt, den Einberufenen die Beiträge der hiesigen Sterbekasse zu erlassen, doch sollen ihnen die laufenden Rechte gewahrt bleiben bis zur Kriegsentlassung. Nach einer Ermahnung des Bibliothekars, die Bücher nicht ohne sein Wissen zu entnehmen, erfolgte Schluß der Versammlung. Der Besuch war ein guter.

Markredwitz. Hier starb in noch jugendlichem Alter der Brennerkollie Johann Fischer. Trotz aller Anfechtungen und Ueberredungskünste blieb er bis zum letzten Atemzuge ein treues Mitglied seiner Organisation. Die Kollegen der Zahlstelle werden diesem auf allen Gebieten fortschrittlichen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Adressen-Änderungen

- Altwallen.** H. Karl Seifert, Wl., Sandberg, Waldenburgstr. 48. —
 Sch. Habed, Wl., Waldenburg, Gottesberastr. 6.
Kolmar. H. Hermann Harke, Dr., Lachner-Barstadt 9.
Mengersgereuth. H. Hugo Jänicke, Gbn., Schwarzwald bei Sonneberg.
Nutzlichen. H. u. H. Arno Seisinger, Wl., Pfarrhäuser 163. —
 No. Otto Donner, Hornitzlager, Schloßhölzer.
Radeberg. H. Th. ... Langestr. 23.
Rauenstein. H. u. H. ... Gnetter, Fr., Weststr. 117b.
Reichenbach. H. Otto Kraft, ...
Roda. H. Max Herzer, Franz Schönfeld, beide Wl.
Schirnding. No. Karl Bauer, Dr., Tiersheimerstr.
Schney. H. Karl Flörner, Dr., Nr. 21/2.

Versammlungs-Anzeigen

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht**
- Berlin.** Freitag, 9. Oktober, 8 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Sonnabend, 17. Oktober, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
- Charlottenburg.** Sonnabend, 10. Oktober, 8 1/2 Uhr, Rosinenstr. 3. Erscheinen aller notwendig!
- Frankfurt a. M.** Sonnabend, 10. Oktober, 8 Uhr, Gr. Rittergasse 56
- Fraureuth.** Sonnabend, 10. Oktober, 8 Uhr, in Volkstädts Restaurant
- Leipzig.** Sonnabend, 10. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 8
- Vordamm.** Sonnabend, 10. Oktober, 4 Uhr, bei Hartwig.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

- Richard Schöne, Dr.,** fiel am 1. September als erster unserer Dresdener Kollegen.
- Michl Brucker, Dr.,** geb. 1. Januar 1888, gefallen im ersten Gefecht, an dem er beteiligt war, durch einen Schuß in die Brust. Mitglied der Zahlstelle Tirschenreuth.
- Ernst Schirmer,** zuletzt in Tiefenfurt, am 22. August in Frankreich verwundet, am 24. August im Lazarett gestorben.
- Paul Beck, Dr.,** geb. 20. Mai 1887 in Neustadt bei Meißen, der Zahlstelle Meißen zugehörig, fiel am 30. August bei Reithel in Frankreich.
- Karl Lang, Wl.,** Schriftführer und eins der eifrigsten und tätigsten Mitglieder der Zahlstelle Rösau, gefallen am 9. Septbr.
- Adolf Köllner, Dr.,** geb. 24. November 1889, gefallen am 6. September in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Arzberg.
- Georg Lederer, Rd.,** geb. 1. Februar 1891, gefallen am 14. September in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Arzberg.
- Nikol. Kraus, Wl.,** aus Langenau, am 16. September im Felde gefallen.
- Artur Heinrich, Dr.,** erlag seinen in Frankreich erlittenen schweren Verletzungen im Alter von 26 Jahren. Mitglied der Zahlstelle Dresden.
- Louis Heß, geb. 4. März 1885, gest. 28. September,** an schweren Verwundungen im Reservelazarett in Düren. Die Zahlstelle Judenbach wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehre ihrem Andenken!

Preis der 2 gespaltenen
 Beitzteile 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung
 ist Bedingung

Goldschmiederei, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Zahl
 weil
 grossen
 Umsatz
 höchste
 Preise

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Edel-
 Metall-
 Schmelze
 Georündet
 1896

Osterwehstrasse 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**

Goldhaltige Malrückstände

kauft Firma

M. Köhler, Dresden, Wettiner-Straße 20.

Goldschmiederei, verdichtetes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eilenberg S.-H.** Ältestes Geschäft dieser Art. NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Wl.

Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmelz, Wäse, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-H., Bönischplatz 17.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verr. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstraße 22.